

NEUE



Heft 3/August 1993
5. Jahrgang
ISSN 0934-9200

KRIMINALPOLITIK

Forum für Praxis, Politik und Wissenschaft

STAAT JUSTIZ & RAF

Alte Feindbilder
und neue Gewalt?

außerdem in diesem Heft:

Interview:
Wolfgang Pfaff
Verfassungsschutzchef von
Brandenburg

Portrait: Fritz Sack
Interview mit Papendorf über den
streitbaren Kriminologen

Thesen:
Monika Frommel
zur Reform des
Sexualstrafrechts



<https://doi.org/10.5771/0934-9200-1993-3-1>

Generiert durch IP '3.15.139.237', am 17.07.2024, 01:19:43.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Dialog für den Rechtsstaat ...

Zwei Menschen sind gestorben auf dem Bahnhof in Bad Kleinen. Stümperei, Kompetenzchaos und Hinhaltetaktik der Institutionen, die für Aufklärung der Todesschüsse sorgen sollen, haben den Rechtsstaat in eine Krise gestürzt. Das Fazit aus dem Desaster: die Ämter haben eklatant versagt, der Aufklärungsapparat hat sich restlos blamiert, das Parlament wurde peinlich vorgeführt. Ein Innenminister ist zurückgetreten, der Generalstaatsanwalt entlassen, ein neuer Minister im Amt – doch die Lage hat sich dadurch nicht verändert. In Deutschland erwacht der Baader-Meinhof-Komplex.

Der FDP-Vorsitzende, Außenminister Klaus Kinkel, greift jetzt eine Initiative neu auf, die er schon als Justizminister in Gang gebracht hatte. Er bietet eine Politik der »ausgestreckten Hand« an. Trotz oder gerade wegen der Ereignisse in und nach Bad Kleinen. Kinkel geht es nicht um »Sonderbehandlung« sondern »um eine Befriedungsstrategie im Rahmen der Gesetze.« Seine Nachfolgerin im Justizministerium, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, hat eine Überprüfung der Haftbedingungen lange einsitzender RAF-Mitglieder angeregt. Die beiden schaffen sich mit ihren Äußerungen keine Freunde. Unmut regt sich. CSU-Generalsekretär Erwin Huber nennt die neuerliche Kinkel-Initiative »Versöhnungsgesäusel« und verweigert jegliche Unterstützung. O-Ton Huber: »Der Staat darf keine Weichstellen zeigen«. Auch der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages, Horst Eylmann (CDU) will von »Aussöhnung« nichts wissen. »Der Staat« so Eylmann, »kann sich doch nicht mit politischen Gewalttätern versöhnen«. Eylmann, Huber und Konsorten möchten Stärke demonstrieren. Und : Sie klammern sich dabei – wieder einmal – an die beliebte Gleichung von Links- und Rechtsextremismus, als wollten sie ablenken von beherrschenden Alltagsproblemen wie Brandstiftungen in Mölln, Rostock oder Solingen.

Das Thema könnte zum Probelauf für eine Große Koalition im Super-Wahljahr 1994 werden. Der SPD-Mann Ulrich Maurer – in der Mannschaft von Scharping für Innenpolitik zuständig – hält eine »Befriedungsstrategie« gegenüber der RAF derzeit ebenfalls für falsch. Keine Frage: Politik und Staat zeigen Härte – wieder einmal. Sind damit alle Versuche einer politischen Lö-

sung zukünftig endgültig gescheitert? Droht eine neue Eskalation – von beiden Seiten?

Die Beiträge zu unserem Titelthema wurden bereits vor Monaten geschrieben.

Bad Kleinen und die Folgen verleihen ihnen eine besondere Aktualität. Der Frankfurter Kriminologe *Michael Voß* rekonstruiert in seinem Aufsatz die gescheiterten Bemühungen um die Strafrestaussetzung bei besonders lang inhaftierter RAF-Gefangenen, der Direktor des Instituts für Forensische Psychiatrie an der Freien Universität Berlin, *Prof. Dr. Wilfried Rasch*, antwortet auf die Frage, welcher Stellenwert dem psychiatrischen Gutachten bei Strafaussetzungsentscheidungen zukommt. Schließlich untersucht *Werner Hill*, langjähriger Leiter der Redaktion »Recht und Justiz« des *Norddeutschen Rundfunks*, die Gründe für die stabilen beidseitigen Feindbilder und plädiert gerade jetzt für einen neuen Dialog. Ein Dialog für den Rechtsstaat. **Unser Titel ab Seite 30.**

»Ich halte die sogenannte Kinkel-Initiative aus damaliger Sicht für einen richtigen Versuch, das Problem der RAF durch schrittweises positives Vorgehen im Sinne von Hafterleichterungen und Haftentlassungen zu lösen«, sagt *Wolfgang Pfaff*, einst als Bundesanwalt mit dem Linksterrorismus beschäftigt und heute Chef des Verfassungsschutzes beim Innenministerium in Brandenburg, im Interview mit NK-Mitarbeiterin *Inge Günther*, hauptberuflich Korrespondentin der *Frankfurter Rundschau*. Doch er äußert auch Skepsis: »Die Sicherheitslage hat sich nun erheblich verschärft«. Wolfgang Pfaff zur Kinkel-Initiative, den Rechtsradikalismus und die Rolle des Verfassungsschutzes. **Das Interview ab Seite 19.**

Ich bin sicher, auch die anderen Beiträge finden Ihr Interesse.

Ihr
Helmut Ortner



Gutachter Rasch: »Es gibt keine unfehlbare Prognosemethode«

Staat, Justiz & RAF

Die »Kinkel-Initiative« sollte der Beginn einer neuen Strategie pragmatischer Konfliktlösung sein. Dialog statt Konfrontation. Die Bemühungen sind vorerst gescheitert. Alte Feindbilder und neue Anschläge? Unser Titelthema

ab Seite 30



»Verfassungsschutz ist nicht unabdingbar...«

Als Bundesanwalt beschäftigte er sich mit dem Linksterrorismus der RAF, als Chef des Verfassungsschutzes in Brandenburg bekämpft er nun den Rechtsradikalismus: Wolfgang Pfaff. Inge Günther sprach mit ihm in Potsdam

ab Seite 19



Rechtsprechung statt Rechtsverweigerung

Trotz »Entkriminalisierung« in den vergangenen Jahren: bis heute ist das Sexualstrafrecht gekennzeichnet von Konzeptlosigkeit und fragwürdiger Rechtsprechung. Monika Frommel plädiert für eine umfassende Reform

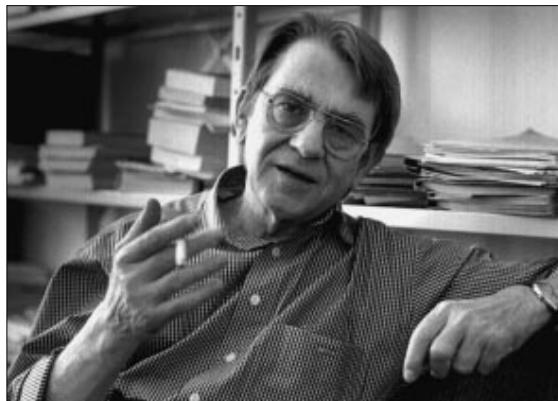
ab Seite 22



Der Streitbare

Er gilt als einer der profiliertesten, einflussreichsten, aber auch konfliktfreudigsten Kriminologen hierzulande: Fritz Sack. NK-Autor Knut Papendorf hat ihn in der Universität Hamburg besucht. Sein Portrait

ab Seite 42



TITEL

Staat, Justiz & RAF Alte Feindbilder und neue Gewalt?

Ende der Versöhnung?

Michael Voß

30

»Es gibt keine unfehlbare Prognosemethode«
Gespräch mit Wilfried Rasch

32

Dialog für den Rechtsstaat
Werner Hill

35

MAGAZIN

Tagungsbericht: Strafrecht für die Zukunft **8** • Untersuchungshaft. Alarmierender Anstieg **9** • Lebenslange Freiheitsstrafe: Plädoyer für Reformen **10** • Abschiebehaft: Fragwürdige Amtshilfe **12** • Kommentar: Die Karlsruher »Letztverantwortung« **13** • Österreich: Gegen Anzeigenpflicht **16** • Tschechische Republik: Die schwierige Reform **17**

MEINUNG

Wo bleibt das Jugendstrafvollzugsgesetz?

Bernd Maelicke

15

INTERVIEW

»Ein Verfassungsschutz ist nicht unabdingbar ...«
Fragen an den Chef des Verfassungsschutzes beim Innenministerium in Brandenburg
Wolfgang Pfaff

19

BEITRAG

Rechtsprechung statt Rechtsverweigerung
Monika Frommel

22

PORTRAIT

Der Streitbare – Fritz Sack
Ein Portrait von Knut Papendorf

42

RUBRIKEN

| | |
|-----------|----|
| Editorial | 3 |
| Kompakt | 6 |
| Terminal | 45 |
| Praxis | 39 |
| Bücher | 36 |
| Impressum | 50 |